

# Referendum gegen die DBG-Revision (Abzug Kinderbetreuungskosten)

## Um was geht es?

Bereits heute können Eltern die Drittbetreuungskosten im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung steuerlich zum Abzug bringen. Gemeinsam haben der National- und Ständerat beschlossen, die Kinderabzüge bei der Bundessteuer zu erhöhen. Die neue Gesetzgebung enthält zwei verschiedene Änderungen:

- 1) Eltern können die konkreten Drittbetreuungskosten für ihre Kinder von der Bundessteuer abziehen. Der maximale Betrag soll von 10'100 auf 25'000 Franken pro Kind erhöht werden.
- 2) Eltern können zudem einen allgemeinen Kinderabzug bei der Steuererklärung verlangen. Der «Pauschalabzug» soll von 6'500 auf 10'000 Franken erhöht werden.

Bei der Abstimmung geht es also darum, ob Eltern für ihre Kinder künftig einen höheren Beitrag von der Bundessteuer abziehen dürfen. Gegen diese vorgeschlagene Gesetzesrevision wurde das Referendum ergriffen, weshalb nun im September darüber abgestimmt wird.

## Träger des Referendums

Gegen die höheren Kinderabzüge regt sich vor allem von linker Seite Widerstand. SP, Grüne und auch die GLP unterstützen das Referendum. Des Weiteren stehen der Schweizerische Städteverband, Travail Suisse sowie die Denkfabrik Avenir Suisse hinter dem Referendum. Auch die jgjp Schweiz hat sich gegen die sogenannte Mogelpackung ausgesprochen.

## Unterstützer der neuen Gesetzgebung

Für die neue Gesetzgebung haben sich CVP, EVP, sowie der Schweizerische Gewerbeverband ausgesprochen. National- Stände- und Bundesrat empfehlen die neue Gesetzgebung zur Annahme.

## Pro Argumente

- Entlastung von Familien angesichts des Drucks von steigenden Mieten und Krankenkassenprämien
- Bekämpfung des Fachkräftemangels durch mehr Berufstätige Personen: Bei einer Annahme der neuen Gesetzgebung würden gemäss den Befürwortern 2'500 zusätzliche Personen – überwiegend Frauen – arbeitsfähig werden.
- Höhere Kaufkraft, Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge (da mehr Berufstätige)
- Der Mittelstand (900'000 Familien) als Profiteur

## Contra Argumente

- Steuerbonus für Reiche: Profitieren würden gemäss den Gegnern des Gesetzes vor allem Eltern ab einem Jahreseinkommen von CHF 150'000. Auch die eidgenössische Steuerverwaltung unterstützt diese Aussage. Dies trifft zu, weil wohlhabendere Eltern tendenziell höhere Drittbetreuungskosten haben. Zudem bezahlen 40% der Familien keine direkte Bundessteuer und können somit keinen Pauschalabzug geltend machen.
- Falscher Ansatz bei der Familienpolitik (Prämienverbilligungen, tiefere Mieten etc. wären sinnvoller)
- Der Mittelstand als Verlierer: Die folgenden Sparmassnahmen würden gemäss den Gegnern des Gesetzes primär den Mittelstand treffen (Prämienerhöhungen, Sparmassnahmen der Kantone etc.)
- Finanzielle Folgen für die Bundeskasse: Die finanzielle Lücke, die bei der Bundessteuer durch die erhöhten Abzüge entstehen würde, beläuft sich auf total 380 Millionen Franken, wovon 10 Millionen auf die Abzüge bei den Drittbetreuungskosten und 370 Millionen auf den Pauschalabzug entfallen. Da ein Teil der Bundessteuer an die Kantone ausbezahlt wird, müssten auch sie bei einer Annahme des neuen Gesetzes mit total 80 Millionen weniger Einnahmen rechnen.

## **Parteiparole: Nein zur «Mogelpackung»**

An seiner Sitzung vom 27.07.2020 hat der Vorstand die Vorlage besprochen und sich einstimmig gegen die Gesetzesrevision des DBG ausgesprochen (Unterstützung des Referendums). Insbesondere der Steuerbonus für wohlhabende Familien sowie die Mehrbelastung für die Bundeskasse waren massgebend für diesen Entscheid.

Aufgrund der Einstimmigkeit war der Vorstand der Ansicht, eigenständig die Parole für diese Vorlage fassen zu können. Die hinter der Vorlagen stehenden Überlegungen decken sich klar mit den Positionen der jgjp SG. Auch die jgjp Schweiz wie auch die gjp Schweiz unterstützen die Gesetzesrevision. Dieser Entschluss wurde anlässlich der Mitgliederversammlung vom 14.08.2020 ohne Widerspruch eröffnet.

## **Quellen**

- <https://www.watson.ch/schweiz/wirtschaft/577588714-hoeherer-kinderabzug-alle-infos-zur-abstimmung>
- [https://www.cvp.ch/de/Kinderabzuege\\_Ja](https://www.cvp.ch/de/Kinderabzuege_Ja)
- <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/ergreift-sp-referendum-gegen-kinderzulagen-gegen-die-eigenen-wahler-65646031>
- <https://www.srf.ch/news/schweiz/referendum-gegen-kinderabzuege-avenir-suisse-unterstuetzt-sp-im-kampf-gegen-steuervorteile>